

## Die Disparität der Sparquoten Ost- und Westdeutschlands

### Kann der spezifische ostdeutsche Transformationsprozess die Abweichung erklären?

Von Timo Baas\*

**Zusammenfassung:** In Ostdeutschland wurde durch eine schnelle Privatisierung der Banken und den Wiederaufbau der finanziellen Basis der Unternehmen über die Treuhand das mit dem Transformationsprozess einhergehende Problem der Durchsetzung harter Budgetrestriktionen unterbunden. Demnach wäre eine Angleichung ost- und westdeutscher Sparraten zu erwarten. Dies gilt umso mehr, als die Geschäftsbanken hier bereits mit dem Zusammenbruch des Sozialismus eine an Effizienz- und Risikokriterien orientierte Kreditvergabe durchsetzen konnten und zugleich das entsprechende banktechnische Know-How bereit stand. Dies ist ein deutlicher Unterschied zu den anderen Transformationsökonomien. Dieser Artikel setzt sich mit zwei Ansätzen auseinander: den Initialbedingungen vor der Transformation sowie den mikro- und makroökonomischen Veränderungen, die möglicherweise die zu beobachtenden Unterschiede in den Sparquoten erklären können.

**Summary:** In East Germany the immediate privatization of banks and the restructuring of the financial base of former state owned companies by the "Treuhand" prevented the transformation economies usual soft budget constraints risk. Therefore the adjustment of savings withing Germany was to be due, especially since a reorganization of banks which makes financial intermediation extremely risky was not necessary. Nevertheless a gap between savings in east and west remains. Therefore I discuss two possible explanations for this fact, differences in initial conditions and in the transformation process itself.

#### 1 Einleitung

Die gesamtwirtschaftlichen Sparquoten einzelner Volkswirtschaften – wie auch die Sparquote der privaten Haushalte – variieren sehr stark, so werden auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene in den Vereinigten Staaten weniger als 13% des Bruttoinlandsproduktes (private Haushalte: 2,4% des verfügbaren Einkommens), in Europa mehr als 21% des Bruttoinlandsproduktes (private Haushalte: 9,6% des verfügbaren Einkommens) gespart.<sup>1</sup> Die Unterschiede in den weltweiten Sparquoten werden in der ökonomischen Theorie vielfach mit langfristigen Faktoren, wie unterschiedlichen Präferenzen der Wirtschafts-

\* Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg, E-Mail: [timo.baas@iab.de](mailto:timo.baas@iab.de)

<sup>1</sup> Grundsätzlich existieren verschiedene Sparquoten, dabei ist insbesondere zwischen gesamtwirtschaftlicher Sparquote, die in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt wird und der Sparquote der privaten Haushalte, die in Relation zum verfügbaren Einkommen gesetzt wird, zu unterscheiden. Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland ist nur über die Betrachtung von Sparquoten der privaten Haushalte möglich, da eine gesamtwirtschaftliche Sparquote nach der Wiedervereinigung nicht ermittelbar ist. Der Vergleich Deutschlands mit den neuen EU-Ländern erfordert jedoch die Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote, da Unterschiede im Unternehmenssparen für das Unternehmenswachstum und damit die zukünftige Entwicklung von Interesse sind.

subjekte, der demografischen Entwicklung oder kurzfristigen Faktoren wie makroökonomischen Schocks erklärt. Daher kann auch der starke, schockbedingte Rückgang der Sparquoten in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in Ostdeutschland im Zuge des Umbruchprozesses nach 1989 nicht erstaunen. Bei einem solchen Schock kann es zu einer Veränderung der Motive und der Einstellung zum Sparen kommen. Vor diesem Hintergrund wäre angesichts großer kultureller Nähe und ähnlichen langfristigen Faktoren eine Angleichung der Sparquoten zwischen Ost- und Westdeutschland zu erwarten. Andererseits gibt es auch gute Argumente, dass sich aufgrund der Änderung der Budgetbeschränkungen für Unternehmen und der Angleichung der institutionellen Rahmenbedingungen im Zuge der EU-Erweiterung auch die gesamtwirtschaftliche Sparquote der Transformationsökonomien sich derer Deutschlands angleicht.

Die demografische als auch die ökonomische Situation Ost- und Westdeutschlands und der mittel- und osteuropäischen Länder sind in vielerlei Hinsicht vergleichbar (vgl. Tabellen A1 und A2). Dabei zeigt sich, dass die Motive des Sparens der Wirtschaftssubjekte in den mittel- und osteuropäischen Ländern und Westeuropas<sup>2</sup> sich annähern (vgl. Schrooten et al. 2005); Ähnliches dürfte demnach auch für Ostdeutschland gelten. Nach mehr als eineinhalb Jahrzehnten der Transformation ist es deswegen beachtlich, dass die gesamtwirtschaftlichen Sparquoten der einzelnen neuen Mitgliedsländer und insbesondere die Sparquote der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland stark voneinander abweichen. Traditionelle Erklärungsansätze können diese Unterschiede auf den ersten Blick nicht erklären. Alternative Erklärungsansätze betonen zwei Argumentationsstränge: Erstens, die mangelnden Erfahrungen der Menschen in ehemaligen zentralisierten Volkswirtschaften mit Privateigentum und Kapitalbesitz. Dabei wird argumentiert, dass der Grad der Zentralisierung sich zwischen den ehemaligen sozialistischen Ländern unterschied und auch ein unterschiedlicher Grad an Privateigentum vorherrschte. Folglich könnten sich auch Präferenzunterschiede hinsichtlich des Sparens entwickelt haben. Zweitens wurden die Phasen des Transformationsprozesses in den einzelnen Volkswirtschaften nicht zeitgleich durchlaufen; Verzögerungen aufgrund unterschiedlicher Reformgeschwindigkeiten könnten daher die Sparquote noch heute beeinflussen. So stellt sich die Frage, ob durch die Wiedervereinigung und den dadurch spezifischen ostdeutschen Reformprozess langfristig eine niedrigere Sparquote der privaten Haushalte impliziert wird oder ob die geschichtliche Entwicklung und die damit verbundene mangelnde Erfahrung mit Privateigentum eine niedrigere gesamtwirtschaftliche Sparquote in den Transformationsökonomien bedingt.<sup>3</sup>

Die Betrachtung von Sparquoten ist in der ökonomischen Literatur von großem Interesse, da diese das Wachstumspotential einer Volkswirtschaft verändern können. Ursache hierfür ist zum einen die Verbindung zwischen Finanzmarktentwicklung, dem Technologieeinsatz einzelner Firmen und dem volkswirtschaftlichen Wachstum, wie dies Demirgüç-Kunt und Maksimovic (1998) empirisch feststellen und zum anderen das sogenannte Feldstein-Horroika-Puzzle, nachdem Sparquote und Investitionsrate miteinander korreliert sind.<sup>4</sup> Hier-

<sup>2</sup> Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal Spanien und Schweden.

<sup>3</sup> Eine Untersuchung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote Ostdeutschlands ist aufgrund der Wiedervereinigung nicht möglich. Daher wird hier die Sparquote der privaten Haushalte verwendet. Die gesamtwirtschaftliche Sparquote kann zum Teil über die Sparquote der privaten Haushalte erklärt werden.

<sup>4</sup> Die Vereinigten Staaten von Amerika gelten in diesem Zusammenhang als Sonderfall. Insbesondere der hohe Entwicklungsgrad der US-amerikanischen Finanzmärkte könnte dies erklären.

durch können unterschiedliche historische Entwicklungen zu anhaltenden ökonomischen Disparitäten führen. Falls also die Initialbedingungen oder der Transformationsprozess als solcher eine große Rolle spielen, impliziert dies anhaltende ökonomische Disparitäten sowohl in Mittel- und Osteuropa wie auch zwischen Ost- und Westdeutschland.

## 2 Initialbedingungen vor dem Transformationsprozess

Die Transformationsökonomien<sup>5</sup> sind in vielerlei Hinsicht vergleichbar. Das Pro-Kopf-Einkommen dieser Volkswirtschaften lag zu Beginn des Transformationsprozesses in globaler Betrachtung im mittleren Bereich, die Einkommen waren relativ gleichmäßig verteilt und das sozialistische System zeigte sich in spezifischen Eigenschaften, wie einem gemessen am Bruttoinlandsprodukt großen Anteil an Schwerindustrie mit großen staatlich kontrollierten Monopolbetrieben.<sup>6</sup> Innerhalb der Gruppe der sozialistischen Volkswirtschaften hatte die DDR teilweise eine Sonderrolle. Einerseits war die DDR ein Beispiel für ein nach Baylis (1986) „orthodoxes“ sozialistisches Wirtschaftssystem mit einer starken Zentralisierung der Entscheidungsprozesse und einer starken herrschenden Partei, andererseits hatte sie durch die engen Beziehungen zu Westdeutschland einen erleichterten Zugang zu Krediten und verbesserte Möglichkeiten des Außenhandels mit westeuropäischen Volkswirtschaften.<sup>7</sup>

### 2.1 Die Struktur der Finanzmärkte im Sozialismus

Ein entscheidender Unterschied zwischen den sozialistischen und den marktwirtschaftlichen Volkswirtschaften ist die Struktur der Finanzmärkte. Ziel der Finanzmärkte in den zentral planwirtschaftlich organisierten Systemen war es, die reibungslose Umsetzung der Planvorgaben sicherzustellen und die Planumsetzung zu kontrollieren. Als Sekundärziel des Finanzsektors kann die Verhinderung einer Entstehung von Privateigentum gesehen werden. Die zentrale Planung war das entscheidende Instrument zur Wahrnehmung und Durchsetzung staatlicher Eigentumsrechte und zur Kontrolle der Unternehmen. Demnach musste die monetäre Planung den realwirtschaftlichen Planvorgaben folgen, indem den geplanten güterwirtschaftlichen Transaktionen monetäre Transaktionen zugeordnet wurden. Die Löhne und Preise waren somit Ausdruck planwirtschaftlicher Entscheidungen und lieferten keinen Hinweis auf Knappheit der Güter oder die Produktivität der eingesetzten Faktoren. Die Funktion des Geldes war somit die einer reinen Zahlungseinheit.

<sup>5</sup> Mit Transformationsökonomien werden in diesem Artikel die mittel- und osteuropäischen EU-Länder (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und Ostdeutschland (ehem. DDR) bezeichnet.

<sup>6</sup> Der Außenhandel erfolgte zudem über bilaterale Staatsverträge und nicht nach marktwirtschaftlichen Bedingungen. Dennoch unterschieden sich die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften durch den Grad an Zentralisierung, also dem Grad der staatlichen Steuerung des Wirtschaftsprozesses. So hatten die Tschechoslowakei, Ostdeutschland, Bulgarien und die UdSSR ein zentralisiertes Wirtschaftssystem, während Jugoslawien (seit Beginn der 1950er Jahre), Ungarn (seit 1968) und Polen (seit 1981) kontinuierlich die Distribution von Produkten auf Märkten vollzogen und hierdurch den Grad an Autonomie ihrer Firmen stärkten. Dieser Prozess des „Marktsozialismus“ zusammen mit der begrenzten Toleranz von Privateigentum führte zu einem Selbstmanagement der Firmen. Hieraus entwickelte sich eine Art „Sozialismus ohne Planung“ mit einer dezentralen Wirtschaftsstruktur. (Fischer und Gelb 1991).

<sup>7</sup> Beides konnte die Ausmaße von Schocks teilweise reduzieren, jedoch musste auch die DDR aufgrund der in den 1970er und 1990er Jahre einsetzenden Preisschocks Anpassungen vollziehen. Im Gegensatz zu Ungarn, welches den Grad an Zentralisierung reduzierte, führte die DDR Kombinate ein, die sowohl horizontal als auch vertikal integriert waren und somit den Industriesektor weiter zentralisierten. Des Weiteren verzichtete die DDR auf eine Reform des Preissystems und eine Umstrukturierung der Finanzmärkte.

Während in einigen sozialistischen Volkswirtschaften im Zeitverlauf deutliche Reformen auch des Finanzsektors durchgesetzt wurden, konnte man sich in der DDR nicht auf eine Liberalisierung des Preissystems verständigen.<sup>8</sup>

### 3 Unterschiede im Transformationsverlauf

Zu Beginn des Transformationsprozesses wurde in der ökonomischen Literatur von einem gewissen Vorteil dezentralen Volkswirtschaften ausgegangen (vgl. Korbonski 1989, Fischer et al. 1991). Der Begriff der Transformation<sup>9</sup> steht hierbei für einen Prozess von einem zentral-planwirtschaftlich organisierten System zu einem marktwirtschaftlich organisierten System. Dieser gestaltet sich in sechs Teilbereichen, der makroökonomischen Stabilisierung, der Preisliberalisierung, der Handelsliberalisierung, der Zahlungsbilanzkonvertibilität, der Privatisierung von Staatsunternehmen und der Schaffung institutioneller und rechtlicher Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft (vgl. Lipton et al. 1990, Easterly et al. 1994). In der politischen Diskussion wurde kontrovers über die Sequenz dieser Transformationsschritte und die Transformationsgeschwindigkeit gestritten, wobei letztlich nahezu zeitgleich Reformen zur makroökonomischen Stabilisierung, der Liberalisierung der Preise und Reformen zur Förderung des Handels eingeleitet wurden. Reformen auf anderen Gebieten folgten in unterschiedlicher Sequenz und Intensität. Nach der Preis- und Handelsliberalisierung sowie der Implementierung von Politiken zur makroökonomischen Stabilisierung sind die ersten Jahre des Transformationsprozesses durch einen starken Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) gekennzeichnet.<sup>10</sup> Insbesondere der Industriesektor schrumpfte überproportional. In Ostdeutschland setzte sehr früh eine Erholungsphase ein. Trotzdem konnte bis heute nur das Einkommensniveau des Jahres 1989 erreicht werden. Dieser Umstand könnte die These des Initialvorteils dezentral organisierter Volkswirtschaften zumindest für Polen und Ungarn erhärten. Dem steht jedoch gegenüber, dass mit der Tschechoslowakei und ihren Nachfolgestaaten auch eine zentral organisierte Volkswirtschaft in einer frühen Phase eine Erholung des Bruttoinlandsprodukts verzeichnete. In Ostdeutschland auch dürften die positiven Effekte der massiven Transferzahlungen aus Westdeutschland, in deren Zuge ca. 4% des gesamtdeutschen

<sup>8</sup> Allerdings wurden einige Preise von Industriegütern angepasst, zudem wurde „Profit“ zu einem der vier Kernindikatoren des Erfolgs von Kombinat und ein Teil der Arbeitskräfte zu „anderer“ Verwendung freigestellt. Das Handwerk, nach Baylis (1986: 401) eine der letzten privatwirtschaftlichen „Bastionen“, erhielt im Zuge der Reformen das Recht neue Unternehmen zu gründen und bekam somit eine Art Existenzberechtigung im sozialistischen System

<sup>9</sup> Im Folgenden wird speziell auf die Transformation der mittel- und osteuropäischen Länder eingegangen, wohingegen andere Transformationsökonomien in diesem Artikel nicht betrachtet werden.

<sup>10</sup> Tatsächlich reagierten die Transformationsökonomien unterschiedlich, während die baltischen Staaten, wie die Mehrzahl der CIS-Länder, bis Mitte der 90er Jahre eine Phase der Schrumpfung, bis 1998 eine Phase der Stabilisierung und danach eine Phase der Erholung verzeichneten, setzte in Polen, der Tschechischen und Slowakischen Republik und in Ungarn der Stabilisierungs- und Erholungsprozess früher ein. Als Ursache für den in den ersten Jahren des Transformationsprozesses einsetzende Rückgang der Produktion werden neben einer fehlerhaften statistischen Erfassung des Produktionsniveaus vor allem drei Gründe ausgemacht:

Erstens eine Deorganisation des Wirtschaftssystems, die begründet durch den Zusammenbruch der Zentralverwaltung und der Zerschlagung vertikal integrierter Konglomerate zu einer Störung der Lieferung von Werkstoffen und Vorprodukten führte. Verstärkt wurde dieser Effekt durch ein gestörtes relatives Preissystem, das auf die administrative Beeinflussung von Preisen zurückgeht und im Zuge des Transformationsprozesses umgestellt werden muss.

Zweitens Schocks wie dem Zusammenbruch des RGW, der einen schlagartigen Rückgang der Exportgüternachfrage bedingte.

Drittens eine auf Geldwertstabilität ausgerichtete Politik, z. B. durch die Fixierung des Wechselkurses oder durch Schaffung einer starken auf Preisstabilität verpflichteten unabhängigen Zentralbank (McKinnon 1991).

Bruttoinlandsprodukts nach Ostdeutschland transferiert wurden, andere Effekte überlagert haben.

### 3.1 Der Rückgang der Produktion

Insgesamt gilt, dass Länder, in denen die Inflation rasch zurückgeführt werden konnte, eine Stagnation des Produktionsrückgangs und eine langsame Erholung verzeichnen. So beendeten die mitteleuropäischen Länder den Produktionsrückgang bis zum Jahr 1993, Polen bereits bis 1991. Die baltischen Staaten hingegen hatten einen höheren Produktionsrückgang als die MOE-Länder zu verzeichnen, der erst 1994 zum Stillstand kam. Im Jahr 2005 haben alle neuen Mitgliedsländer der EU ein höheres BIP als vor dem Transformationsprozess. Lediglich das BIP der neuen deutschen Bundesländer verharrt auf dem Niveau von 1989.

Ein Rückgang der Ersparnis aufgrund eines Rückgangs der Produktion scheint zwar auf den ersten Blick einleuchtend, ist jedoch theoretisch schwer zu begründen. So müsste aufgrund des Motivs des Vorsorgespargens bei starker, mit höheren Risiken behafteten Entwicklung, wie sie der Transformationsprozess zweifelsfrei darstellt, die Ersparnis zugenommen haben. So führen zwar Browning und Lusardi (1996) in ihrem Grundlagenartikel den empirischen Fakt einer sinkenden Sparquote bei verlangsamtem Wirtschaftswachstum auf, jedoch fehlt eine konsistente theoretische Erklärung.

### 3.2 Der Zusammenhang zwischen Sparquote und Außenhandel

Es existiert eine Reihe von Studien, die den Zusammenhang zwischen Sparquote und Handelseffekten bzw. Exportschocks in Transformationsökonomien untersuchen. In allen Studien ist ein positiver Zusammenhang zwischen Handel und privater Sparquote feststellbar, so nimmt bei sinkenden Exporten auch die Sparquote ab. Grund hierfür ist die insbesondere in „schlechten Zeiten“ beschränkte Möglichkeit Kredite aufzunehmen, sodass in einer Zeit mit sinkenden Exporten ein größerer Teil der Ersparnis aufgewandt werden muss, um die Existenz der Unternehmen sicherzustellen (vgl. Chowdhury 2004).

Dieser Effekt kann zumindest einen Teil der stark sinkenden Sparquoten der Transformationsökonomien am Anfang des Transformationsprozesses erklären, da mit dem Zusammenbruch der institutionellen Handelsbeziehungen des RGW auch die hoch spezialisierten Produktionsverflechtungen der einzelnen RGW-Länder aufgelöst wurden. Der Handel kam daraufhin nahezu zum Erliegen (vgl. Brenton et al. 1997). Der Handelszusammenbruch traf die Transformationsökonomien jedoch mit unterschiedlicher Stärke. Grundsätzlich war der Effekt in den mittel- und osteuropäischen Transformationsökonomien schwächer als in den GUS-Staaten (vgl. Campos et al. 2002). Dies gilt jedoch nicht für Ostdeutschland. Hier reduzierten sich die Exporte in die Staatshandelsländer von 1990 auf 1991 um 60,3% relativ stark, während Exporte in die Europäische Gemeinschaft nur um 4,4% fielen. Die Ausfuhren nach Westdeutschland stiegen in dieser Zeit sogar leicht an. Während die Exporte der MOE-Länder von Beginn der Transformation bis 1993 zurückgingen und danach bis 2004 stark anstiegen, gilt dies ebenso für Gesamtdeutschland. Hier-von profitieren jedoch die westdeutschen Länder stärker als die ostdeutschen. Dennoch kann für den Sonderfall Ostdeutschland kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Au-

Benhandel und Sparquote unterstellt werden. So ist aufgrund der Adaption des westdeutschen Finanzmarktes nicht unbedingt von einer Beschränkung der Möglichkeit zur Kreditaufnahme auszugehen. Daher dürfte dieser Effekt zumindest schwächer als in anderen Transformationsökonomien ausfallen.

### 3.3 Die Privatisierung der Staatsunternehmen

Zu Beginn des Transformationsprozesses waren nahezu alle Unternehmen in den Transformationsökonomien Eigentum des Staates. In der ökonomischen Debatte beherrschte die Frage der Übertragung dieser Eigentumsverhältnisse, insbesondere von Großunternehmen, die Debatte. Die Befürworter einer schnellen Liberalisierung forderten die Beseitigung des Staatseigentums, indem die Vermögenswerte an die Bürger z.B. in Form von Gutscheinen und Wertpapieren übertragen werden sollten. Diese Kombination hatte zum Ziel den Bürgern das Recht und die Mittel zum Erwerb der Eigentumsverhältnisse zu geben. Unmittelbar geht mit einer solchen schnellen Privatisierung eine Rebürokratisierung einher, damit können eventuelle, steigende Privatisierungswiderstände umgangen und andererseits eine breite Beteiligung der Bürger an den Eigentumsverhältnissen ermöglicht werden.

Die Befürworter einer graduellen Privatisierung forderten hingegen die Anwendung harter Budgetrestriktionen für Staatsunternehmen, sodass unprofitable Unternehmen den Markt verlassen und neue Privatunternehmen entstehen können. Der Verkauf von Eigentumsrechten sollte stetig erfolgen, sodass diejenigen, die sich für eine Verbesserung der Unternehmensleistungen einsetzen, erkennbar werden.

Die Methode der schnellen Privatisierung wurde in der Tschechischen Republik und in Russland, die der graduellen Privatisierung in Ungarn angewandt. In Ostdeutschland wurde eine besonders schnelle Form der Privatisierung gewählt, so waren Mitte 1993 bereits 95% der ehemals staatseigenen Unternehmen verkauft.<sup>11</sup>

Die Sparquote dürfte durch eine schnelle Privatisierung einerseits aufgrund des Sparens zur Durchführung von späteren Investitionen (*enterprise motive*) ansteigen, andererseits besteht eine Tendenz zu weichen Budgetrestriktionen, um die Existenz der neuen Privatunternehmen zu sichern. Diese weichen Budgetrestriktionen führen zu einem höheren Kreditausfallrisiko, niedrigeren Unternehmensgewinnen und einer nicht optimalen Ressourcenallokation. Demnach könnte die Sparquote infolge einer schnellen Privatisierung auch zurückgehen. In Ostdeutschland bestand zudem der Sonderfall, dass durch die Vereinigung mit Westdeutschland ein nahezu unbegrenzter Zugang zu den Weltkapitalmärkten bestand. So sank das Defizit in der Kapitalbilanz Deutschlands im Zuge der Wiedervereinigung von 135,6 Milliarden im Jahr 1989 auf 90,1 Milliarden im Jahr 1990. Im Folgejahr wurde sogar ein Überschuss der Kapitalbilanz erreicht (Brücker 1995). Daher dürfte sich die private Sparquote durch die Privatisierungseffekte nicht so stark verändert haben, wie dies in den anderen Transformationsökonomien der Fall war.

<sup>11</sup> Die schnelle Privatisierung ging in Ostdeutschland mit erheblichen Kosten einher, so verloren infolge des Verkaufs 72% der in diesen Unternehmen Beschäftigten ihre Arbeit. In dieser Zeit fiel ebenfalls die anfangs hohe Zahl neu registrierter Unternehmen von 95 000 auf 51 000 und korrespondierend nahm die Zahl insolventer Unternehmen von 9 000 auf 32 000 zu.



### 3.4 Die Budgetrestriktion der Unternehmen

Seit Beginn des Transformationsprozesses verschärfen sich die Budgetbeschränkungen für Staatsunternehmen.<sup>12</sup> Der Übergang zu einem marktwirtschaftlich organisierten System führt zu einem Insolvenzrisiko auch früherer Staatsunternehmen. Falls kein Vertrauen in die Möglichkeit einer Unternehmung besteht zukünftig Gewinne zur Deckung einer sich gleichgewichtig einstellenden Kapitalrendite zu erwirtschaften, so besitzt dieses Unternehmen keine Möglichkeit zur Eigen- oder Fremdkapitalfinanzierung. Kann ein Unternehmen die eigenen Produkte nicht absetzen und verliert damit die Möglichkeit Rohstoffe oder Vorprodukte zu erwerben, so wird es insolvent. Diese Restriktion der Finanzierung beschreibt Konsai als harte Budgetrestriktionen. Ein Unternehmen kann in einem markt-basierten System erst insolvent werden und dann in Konkurs gehen. Dieses Risiko diszipliniert Unternehmen marktwirtschaftlicher Systeme und führt somit zu höherer Effizienz der Produktion.

Die dadurch notwendig gewordene Erstellung von Informationen über Investitionsprojekte oder die generelle Rentabilität von Unternehmen ist jedoch kostspielig und fehlerbehaftet. Daher kommt dem Unternehmenssparen eine entscheidende Rolle zu. So ist es Firmen nur noch dann möglich, alle sich als wertvoll erweisenden Investitionsmöglichkeiten zu nutzen, falls sie die Möglichkeiten einer internen Finanzierung wahrnehmen können (vgl. Myers et al. 1984). Je höher die Beschränkungen zur externen Kreditaufnahme sind, desto höher müssen die internen Finanzierungsmöglichkeiten sein, um ein Wachstum der Unternehmung sicherzustellen (vgl. Ferrando et al. 2006). Daher müsste im Laufe des Transformationsprozesses die private Sparquote aufgrund des gestiegenen Unternehmenssparens zunehmen.

Durch hohe relative Kosten der Unternehmen in den Transformationsökonomien und der Gefahr von Nachfrageschocks besteht ein Anreiz, die sich einstellenden harten Budgetrestriktionen durch direkte oder indirekte Subventionen von Seiten der Regierung zu umgehen. Dies hätte erheblich negative Auswirkungen auf die private Sparquote. Der Hauptweg impliziter Subventionierung führte in den neuen Mitgliedsländern der EU über die Vergabe von Bankkrediten. Aufgrund der gegebenen Struktur, die auf bereits im sozialistischen System praktizierte bankbasierte Subventionstransfers zurückgeht, wurden den Unternehmen Kredite zur Verfügung gestellt, die primär dazu dienten eine drohende Insolvenz zu verhindern. Diese Kredite bauen demnach nicht auf das Vertrauen in die Zukunft des Unternehmens, sondern folgen politischen Motiven. Üblicherweise werden solche Kredite aufgrund eines hohen Ausfallrisikos auch „schlechte Kredite“ (*bad loans*) genannt.

Im Zuge des Privatisierungsprozesses des Bankensektors der neuen EU-Mitgliedsländer wurde der Anteil schlechter Kredite am Gesamtkreditvolumen erheblich zurückgefahren. Es ist weiterhin zu erwarten, dass aufgrund des steigenden Wettbewerbs auf dem Banken-

**12** Während in sozialistischen Wirtschaftssystemen Unternehmen nach Kornai unter weichen Budgetrestriktionen eine systematische Überschussnachfrage decken, bedingt der Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System den Übergang zu harten Budgetrestriktionen (Kornai 1980). Hintergrund weicher Budgetrestriktionen ist die Eigentumsordnung sozialistischer Volkswirtschaften, die aufgrund einer extensiven staatlichen Haftung und der nur bedingten Konkursfähigkeit von Unternehmen als nahezu vollkommen elastisches staatliches Kredit- oder Subventionsangebot gesehen werden kann.

markt diese Option gänzlich unmöglich wird. In Ostdeutschland wurden aufgrund der finanziellen Restrukturierung der Unternehmen durch die Treuhandgesellschaft und die schnelle Privatisierung des Bankensektors keine „schlechten Kredite“ vergeben. Neben der bewussten Akzeptanz weicher Budgetrestriktionen kann auch ein mangelnder Ausbau des Finanzsystems für das Fehlen harter Budgetrestriktionen verantwortlich sein.

### 3.5 Der Umbau des Finanzsektors

Die Transformation des Finanzsystems begann in den Transformationsökonomien mit der Trennung von Zentral- und Geschäftsbanken. Diese Umstellung gestaltete sich jedoch schwierig, da ein System zur Informationsbeschaffung aufgrund der früheren Organisation des Bankenmarktes fehlte. Insbesondere die Einschätzung von Risiken und die Kreditwürdigkeitsprüfung waren daher unterentwickelt, was zur Folge hatte, dass in einer frühen Phase der Transformation eine Vielzahl „schlechter Kredite“ vergeben wurden. Die weichen Budgetrestriktionen hatten demnach in allen neuen Mitgliedsländern noch eine Zeit Bestand.

In Ostdeutschland hingegen wurde das komplette institutionelle Gefüge eines entwickelten Industrielandes adaptiert, so konnten nahezu übergangslos mit der Wiedervereinigung virtuelle Bankfilialen in Ostdeutschland öffnen und in einem Rechtssystem arbeiten, das mit dem Westdeutschlands identisch war (vgl. Dornbusch et al. 1992). Dementsprechend bestand das Problem weicher Budgetrestriktionen für Ostdeutschland nicht, und ein Zugang zu den Weltkapitalmärkten war gewährleistet. Die Privatisierung ging ihrerseits sehr schnell vonstatten, und die neuen Besitzer stammten größtenteils aus dem Westen und waren mit dem System vertraut.

Die neuen Mitgliedsländer der EU haben daher trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen mittlerweile ein ähnliches Finanzsystem, das sich jedoch von dem Deutschlands unterscheidet. Dieses System wird durch den Bankenmarkt dominiert; die in diesem Markt tätigen privaten Banken sind zum großen Teil Eigentum ausländischer Investoren und vergeben den Hauptteil ihrer Kredite an den Staat (vgl. Berglof et al. 2002). Der Aktienmarkt kann hingegen als unterentwickelt gelten, er verzeichnet eine hohe Volatilität und entbehrt sowohl Liquidität als auch Stabilität. Die Zahl der gezeichneten Unternehmen stagniert oder fällt.

Ostdeutschland hingegen hat einen mit Westdeutschland identischen Finanzsektor und damit entwickelte Aktienmärkte und Zugang zu den Weltkapitalmärkten. Dennoch bemängeln insbesondere kleine und mittlere ostdeutsche Unternehmen den Zugang zu Krediten. Dies ist jedoch kein transformationsbedingter Effekt und gilt ebenso für Westdeutschland.

Aufgrund der stetigen Entwicklung des Finanzsektors müssten sich langfristig die Sparquoten zwischen den neuen EU-Ländern und Deutschland angleichen. Die Sparquoten in Ost- und Westdeutschland dürften hingegen keine auf den Finanzmarkt zurückzuführende Abweichung aufweisen (Tabellen A3 und A4).



#### 4 Zusammenfassung

Trotz vergleichbarer historischen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg differieren die Sparquoten in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern deutlich. Als Erklärung für diesen Unterschied wird der Grad der Zentralisierung der Volkswirtschaften vor dem Transformationsprozess angebracht. Dies ist von daher erstaunlich, da Volkswirtschaften wie die Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei mit einer geringen Erfahrung mit dem Marktsozialismus hohe Sparquoten aufweisen und das ehemals marktsozialistische Land Polen nur eine geringe Sparquote. Eine Erklärung wäre, dass transformationsbedingte Schocks zumindest teilweise diesen Effekt überlagert haben. So war der Rückgang des Außenhandels infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion für stark auf diesen Handel angewiesene Länder dominierend und kann über den in der Literatur beschriebenen Zusammenhang zwischen Sparquote und Außenhandel zu Disparitäten geführt haben. Mit diesem Argument nicht vereinbar ist der starke Rückgang der Sparquote Polens und deren nur langsame Erholung sowie die relativ geringe Sparquote der privaten Haushalte Ostdeutschlands. Insbesondere während des Transformationsprozesses hatte Ostdeutschland erhebliche Vorteile. So hatte die DDR einen hohen Handelsanteil mit westeuropäischen Industriestaaten, in Ostdeutschland wurde eine schnelle Form der Privatisierung von Staatsunternehmen und des Bankensektors gewählt sowie beachtliche Transferzahlungen von West- nach Ostdeutschland geleistet. Zudem verursachte der Umbau des Finanzsektors nicht die typischen Probleme, die die anderen Transformationsökonomien erfahren mussten. Trotz aller dieser Unterschiede kam es in Ostdeutschland zu keiner Angleichung der Sparquoten. Eine einfache Erklärung über die Initialbedingungen vor der Transformation bzw. aufgrund des Transformationsprozesses scheint daher zumindest bisher nicht hinreichend begründet.

#### Literaturverzeichnis

- Berglof, Erik und Patrick Bolton (2002): The Great Divide and Beyond: Financial Architecture in Transition. *Journal of Economic Perspectives*, 16 (1), 77–100.
- Brenton, Paul und Daniel Gros (1997): Trade Reorientation and Recovery in Transition Economies. *Oxford Review of Economic Policy*, 13 (2), 65–76.
- Browning, Martin und Annamaria Lusardi (1996): Household Saving: Micro Theories and Micro Facts. *Journal of Economic Literature*, 34 (4), 1797–1855.
- Brücker, Herbert (1995): *Privatisierung in Ostdeutschland – Eine institutionenökonomische Analyse*. Frankfurt a. M., New York, Campus.
- Campos, Nauro F. und Fabrizio Coricelli (2002): Growth in Transition: What We Know, What We Don't, and What We Should. *Journal of Economic Literature*, 40 (3), 793–836.
- Chowdhury, Abdur R. (2004): Private Savings in Transition Economies: Are There Terms of Trade Shocks? *Comparative Economic Studies*, 46 (4), 487–514.
- Demirguc-Kunt, Asli und Vojislav Maksimovic (1998): Law, Finance, and Firm Growth. *Journal of Finance*, 53 (6), 2107–2137.
- Dornbusch, Rudiger, Holger Wolf und Lewis Alexander (1992): Economic Transition in Eastern Germany. *Brookings Papers on Economic Activity*, 1, 235–272.
- Easterly, William und Stanley Fischer (1994): Growth Prospects for the Ex-Soviet Republics: Lessons from Soviet Historical Experience. In: Abel Aganbegyan, Oleg T. Bogo-

- molov und Michael Kaser (Hrsg.): *Economics in a Changing World*. Vol. 1. Moskau, Palgrave, 59–86.
- Ferrando, Annalisa und Rozalia Pal (2006): *Financing Constraints and Firms' Cash Policy in the Euro Area*. ECB Working Paper 642. Frankfurt a.M.
- Fischer, Stanley und Alan Gelb (1991): The Process of Socialist Economic Transformation. *Journal of Economic Perspectives*, 5 (4), 91–105.
- Korbonski, Andrzej (1989): The Politics of Economic Reforms in Eastern Europe: The Last Thirty Years. *Soviet Studies*, 41 (1), 1–19.
- Kornai, Janos (1980): “Hard” and “Soft” Budget Constraint. *Acta Oeconomica*, 25 (3–4), 231–245.
- Lipton, David und Jeffrey Sachs (1990): Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland. *Brookings Papers on Economic Activity*, 0 (1), 75–133.
- McKinnon, Ronald I. (1991): Financial Control in the Transition from Classical Socialism to a Market Economy. *Journal of Economic Perspectives*, 5 (4), 107–122.
- Myers, Stewart C. und Nicholas S. Majful (1984): Corporate Financing Decisions When Firm Have Investment Information That Investors Do Not. *Journal of Financial Economics*, 13, 187–221.
- Schrooten, Mechthild und Sabine Stephan (2005): Private Savings and Transition: Dynamic Panel Data Evidence from Accession Countries. *Economics of Transition*, 13 (2), 287–309.

**Anhang**  
Tabelle A1  
**Alterskoeffizient**

	1995	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
EU (15 Länder)	23,0	24,3	25,9 (f)	27,5 (f)	30,1 (f)	32,8 (f)	36,3 (f)	41,2 (f)	46,3 (f)	50,0 (f)	52,0 (f)	53,2 (f)
Deutschland	22,5	23,9	27,8 (f)	31,0 (f)	32,0 (f)	35,1 (f)	39,3 (f)	46,0 (f)	52,6 (f)	54,6 (f)	54,9 (f)	55,8 (f)
Italien	24,0	26,8	29,4 (f)	31,3 (f)	34,3 (f)	36,6 (f)	39,7 (f)	45,2 (f)	52,4 (f)	59,8 (f)	64,6 (f)	66,0 (f)
Irland	17,8	16,8	16,5 (f)	17,5 (f)	19,9 (f)	22,5 (f)	25,2 (f)	28,3 (f)	31,6 (f)	35,9 (f)	40,9 (f)	45,3 (f)
Tschechische Republik	19,3	19,8	19,8 (f)	21,9 (f)	26,8 (f)	31,8 (f)	35,0 (f)	37,1 (f)	39,0 (f)	43,8 (f)	51,2 (f)	54,8 (f)
Estland	20,2	22,4	24,1 (f)	24,7 (f)	26,3 (f)	28,7 (f)	31,3 (f)	33,4 (f)	34,5 (f)	36,6 (f)	39,1 (f)	43,1 (f)
Lettland	20,5	22,1	24,1 (f)	25,2 (f)	26,3 (f)	28,0 (f)	30,7 (f)	33,4 (f)	34,9 (f)	37,4 (f)	39,9 (f)	44,1 (f)
Litauen	18,5	20,8	22,5 (f)	23,4 (f)	24,2 (f)	26,0 (f)	29,2 (f)	33,4 (f)	36,5 (f)	39,3 (f)	41,2 (f)	44,9 (f)
Ungarn	20,9	22,0	22,8 (f)	24,3 (f)	26,7 (f)	31,2 (f)	34,5 (f)	35,1 (f)	36,9 (f)	40,3 (f)	45,9 (f)	48,3 (f)
Polen	16,6	17,6	18,7 (f)	18,8 (f)	21,7 (f)	27,1 (f)	32,8 (f)	35,7 (f)	37,1 (f)	39,7 (f)	44,3 (f)	51,0 (f)
Slowenien	17,4	19,8	21,7 (f)	23,6 (f)	25,9 (f)	30,8 (f)	35,8 (f)	40,4 (f)	44,5 (f)	47,7 (f)	52,1 (f)	55,6 (f)
Slowakei	16,3	16,6	16,3 (f)	16,9 (f)	19,1 (f)	23,5 (f)	28,1 (f)	31,7 (f)	34,2 (f)	38,1 (f)	44,5 (f)	50,6 (f)
Bulgarien	22,2	23,8	24,9 (f)	25,6 (f)	29 (f)	33,0 (f)	36,9 (f)	40,4 (f)	43,7 (f)	48,8 (f)	55,4 (f)	60,9 (f)
Rumänien	17,6	19,3	21,1 (f)	21,2 (f)	22,1 (f)	25,1 (f)	28,5 (f)	29,6 (f)	34,4 (f)	39,6 (f)	46,1 (f)	51,1 (f)

**(f)** Mit Schätzungen.

Dieser Indikator wird als Verhältnis von der Gesamtzahl älterer Personen, die im Allgemeinen ökonomisch inaktiv sind (im Alter von über 65 Jahren) und der Zahl der Personen im Arbeitsalter (von 15 bis 64 Jahren).

Quelle: Eurostat.

Tabelle A2  
**Einkommensverteilung**  
Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilungsquintil)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
EU (15 Länder)	4,6	4,5	4,5		4,6	4,8
Eurozone (12 Länder)	4,5	4,4	4,4		4,5	4,8
Tschechische Republik			3,4		3,4	
Deutschland	3,6	3,5	3,6	4,4	4,3	4,4
Estland		6,3	6,1	6,1	5,9	
Lettland		5,5		5,5	6,1	
Litauen		5	4,9	4,7	4,5	
Ungarn		3,3	3,1	3	3,3	
Polen		4,7	4,7	4,8	5	
Slowenien		3,2	3,1	3,1	3,1	
Slowakei					5,4	5,8
Bulgarien		3,7	3,8	3,8	3,6	4
Rumänien		4,5	4,6	4,7	4,6	

Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden.

Quelle: Eurostat.

Tabelle A3  
Sparraten am verfügbaren Einkommen in Ost- und Westdeutschland

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Westdeutschland <sup>1</sup>	X	X	13,8	13,5	12,7	11,8	11,4	11	10,5	10,5	10	10	10,5	10,9	11,1
Ostdeutschland <sup>2</sup>	X	X	7,8	9,2	10	10,6	10,3	10,3	9,9	9,4	9	8,4	8,7	8,7	8,9

**X** Nicht verfügbar.

**1** Westdeutschland umfasst die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland Schleswig-Holstein. Da keine getrennte Ausweisung der Sparquote Berlins möglich ist, geht dieses Bundesland weder in das Aggregat Ostdeutschland noch in das Aggregat Westdeutschland ein.

**2** Ostdeutschland umfasst die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Tabelle A4

## Die Sparquoten der neuen EU-Länder und der Beitrittskandidaten gemessen am BIP

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Deutschland (einschl. ehem. DDR)	X	X	22,6	22,3	21,2	20,9	21	20,5	20,7	20,9	20,3	20,2	19,5	19,4	19,3
Tschechische Republik	30,6	27,8	30,1	27,2	28,2	27,1	28,7	26,2	24,3	26,5	24,5	23,9	23,5	21,7	21
Estland	25,9	22,3	34,5	32,7	24,4	19,3	20,4	17,8	18,5	20,8	19,9	21,1	21,2	19,4	18,2
Lettland	38	38,8	43,5	59,7	37	31,6	13,9	12,3	13,9	14,3	14,5	18,9	19,1	20	20,7
Litauen	25,8	25,8	32,9	19,2	16	12,4	12,8	11,8	14,6	13,9	11,4	13,9	15,8	16,8	16,1
Ungarn	29,9	28	19,5	15,8	11,8	15,7	22,7	26,1	27,7	27,6	26	26,5	X	X	X
Polen	42,3	32,8	18	16,7	16,5	19,9	20,1	19,8	20,1	21,2	20,1	19	18	16,1	16,6
Slowenien	33	32	25,4	24,9	21,5	24,8	22,5	22,9	24,1	24,5	24,2	24	24,3	24,8	24,4
Slowakei	28,5	24,2	28,2	24,1	20,5	26,3	27,8	25,8	25,8	25	24,1	23,7	22,5	21,7	22,5
Bulgarien	31,4	22	18,3	12,5	5,9	6,9	10,9	8,5	15,5	13,9	11,3	11	X	X	X
Rumänien	29,5	20,8	24,1	23	24	22,7	18,7	17,4	13,6	10,6	14,8	16,2	18,2	21,7	22,4

X Nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.